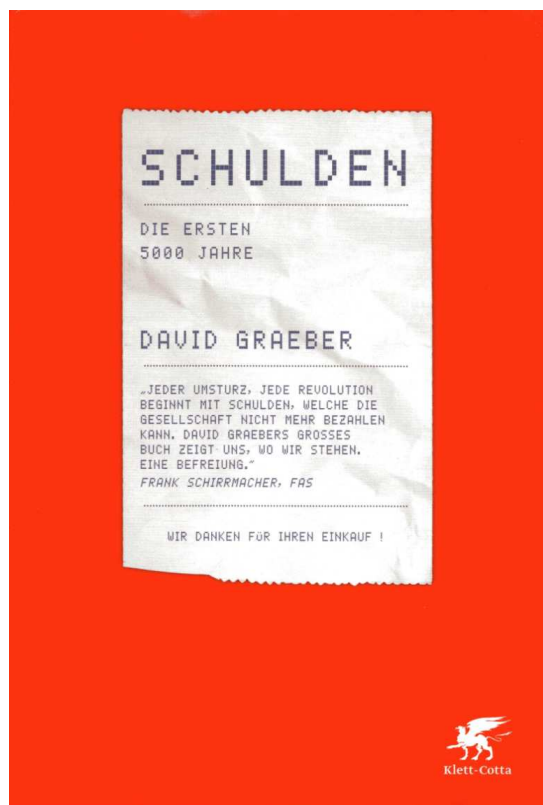


Dr. Wolfgang Geiger
Schulden machen
Geschichte.

Zu einem aktuellen Thema
nach der Lektüre von:

Vortrag zum Jahresthema
der Dreieichschule

Wissenschaft und Wirtschaft in der Schule



David Graeber: *Schulden. Die ersten 5000 Jahre.*
Klett-Cotta, Stuttgart 2012.

Aus dem Amerikanischen von Ursel Schäfer,
Hans Freundl und Stephan Gebauer.

©W. Geiger, 27.2.2013

Das Fazit von
Frank Schirrmacher
als
Ausgangspunkt

*„Jeder Umsturz, jede Revolution beginnt mit Schulden, welche die Gesellschaft nicht mehr bezahlen kann“ – so lautet die Quintessenz, die Frank Schirrmacher, Mit-Herausgeber der FAZ, von David Graebers Buch *Schulden – die ersten 5000 Jahre* zog und die der Verlag dann auch gleich auf die Umschlagseite des Buches gesetzt hat.*

Als ich zum ersten Mal von dem Buch hörte, hatte ich spontan denselben Gedanken, noch bevor ich das Buch überhaupt gelesen hatte. So einleuchtend erschien mir das auf einmal, dass ich mich fragte, warum ich nicht selbst schon auf diese Idee gekommen war. Wie durch einen Magneten ordnete sich mein Wissen von der Geschichte neu zusammen. Die Lektüre des Buches brachte dann auch einige neue Aspekte hinzu.

Wozu mich das Buch inspiriert hat, wird unter den vier folgenden Aspekten zusammengefasst:

1. Revolutionen wegen Schulden
2. Schulden, Geld und Inflation
3. Erstes Fazit: Kriege und Schulden
4. Schulden und soziale Entwicklungen

1. Revolutionen wegen Schulden

In der Tat: „Jeder Umsturz, jede Revolution beginnt mit Schulden, welche die Gesellschaft nicht mehr bezahlen kann.“

Die beiden grundlegenden Revolutionen, die unsere moderne Demokratie begründet haben, wurden durch eine Schuldenproblematik ausgelöst: die amerikanische Unabhängigkeitserklärung, auch amerikanische Revolution genannt, und die Französische Revolution, beide im Abstand von 13 Jahren (1776 und 1789) ausgebrochen und aus demselben Grund: wegen der Verschuldung, nämlich der Verschuldung Englands und Frankreichs durch den vorausgegangen Siebenjährigen Krieg (1756-63), den sie gegeneinander als Verbündete Preußens und Österreichs geführt haben. Der europäische Kriegsschauplatz erscheint dabei fast nebensächlich, denn dieser Krieg wurde auf allen Kontinenten geführt, d.h. in Europa und in den britischen und französischen Kolonien von Indien bis Kanada, und war eigentlich der erste Welt-Krieg dem Wortsinne nach.

Trotz seines Sieges über Frankreich war England durch die Kriegskosten hoch verschuldet und versuchte nun diese Schulden auf die amerikanischen Siedler abzuwälzen: Hatte das Mutterland sie denn nicht vor der französischen Herrschaft in Nordamerika gerettet? So konnten sie doch dafür bezahlen! In der Art und Weise, wie sie das tun sollten, war das Mutterland äußerst erfindungsreich: Es erfand Steuern, an die vorher kaum einer gedacht hätte, z.B. die sogenannte Stempelsteuer nicht nur auf alle möglichen rechtlichen Dokumente, sondern auch auf Zeitungen. Das wurde, wie man weiß, den Amerikanern zu viel und weil sie ohne eine Vertretung im Londoner Parlament keine politische Mitsprache hatten, beschlossen sie sich vom Mutterland loszusagen. Mit dieser Gründung eines neuen Staates wurde die erste moderne Demokratie geschaffen, wenn man einmal vom Sonderfall der Schweiz absieht, und wenn man auch davon absieht, dass diese Demokratie in den USA noch eine ganze Weile lang nicht für alle Einwohner galt: weder für die Ureinwohner noch für die ins Land geholten afrikanischen Sklaven.

Auch Frankreich hatte sich im Siebenjährigen Krieg über alle Maßen verschuldet, zudem hatte es den Krieg verloren. Hinzu kam dann noch die französische Hilfe für die Amerikaner in ihrem Unabhängigkeitskrieg (1776-83), noch einmal sieben Jahre. Mit der Unterstützung der Amerikaner wollte sich Frankreich für die vorherige Niederlage im Siebenjährigen Krieg an England rächen.

Beide Kriege zogen Frankreich weit tiefer in die Schulden hinein als England. England hatte noch andere Ressourcen und Potenziale, Frankreich dagegen konnte seine Schulden nur der eigenen Bevölkerung aufbürden.

Schon zweimal zuvor hatte man in Frankreich die Staatsschulden durch die inflationäre Ausgabe von Staatsanleihen lösen wollen: in der Endphase der Ära Ludwigs XIV., zu Beginn des 18. Jh.s, als der Spanische Erbfolgekrieg finanziert werden musste, und noch einmal nach seinem Tode 1715, als der französische Staat nicht einmal mehr die Zinsen für seine Schulden bezahlen konnte. Da zog man einen schottischen Finanzexperten namens John Law zu Rate, der ein System von verzinsten Staatsanleihen erfand, die durch hartes Münzgeld der Staatsbank (*Banque Royale*) und Aktien einer

Schulden aus dem Siebenjährigen Krieg 1756-63

[Karten über die Kriegsschauplätze in Amerika und Indien](#)

Die Schulden Englands und die amerikanische Unabhängigkeitserklärung 1776

[Protest gegen Stempelsteuer](#)

Der amerikanische Unabhängigkeitskrieg 1776-83 und die Schulden Frankreichs

[Kriegsschauplatz in Nordamerika](#)

Zweimal Staatsbankrott in Frankreich vor und nach 1715, aber noch keine Revolution

[Karikatur: John Law und sein Goldesel](#)

staatlichen Kolonialhandelsgesellschaft (*Compagnie des Indes*), gedeckt waren – oder vielmehr: gedeckt sein sollten. Man gab Anleihen in Höhe der fünfundzwanzigfachen Menge (2,45 Mrd Livres) der jährlichen Staatseinnahmen (ca. 100 Mio Livres) aus und die Reserve an Metallgeld deckte kaum mehr als ein Achtzigstel (31 Mio Livres) davon.

Die Spekulationsblase platzte, die Aktien verloren ihren Wert, das ganze System brach zusammen, doch der Staat noch nicht, die Revolution ließ noch auf sich warten. 800 Mio Livres, das Achtfache des jährlichen Staatshaushaltes, löste sich für die Anleger in Nichts auf, doch der Staat konnte damit einen erheblichen Teil seiner Schulden abschreiben.

Betrug an den Anlegern? Gewiss. Man kann es aber auch anders sehen. Auf diese Weise war es dem Staat gelungen, das Vermögen der vermögenden Bürger für die Schuldentilgung ihres Staates heranzuziehen, sozusagen eine drastische Form der Vermögenssteuer.

Finanzielle Grenzen der absoluten Monarchie

[Titelblatt einer Erklärung des Königs zur Steuererhebung des „Zehnten“](#)

Der absolute Monarch war nämlich, anders als in unserer allgemeinen Vorstellung, keinesfalls mit diktatorischer Vollmacht ausgestattet, er stand nicht wirklich „über dem Gesetz“, wie es die Theorie des Absolutismus sah („legibus absolutus“). Die Tatsache, dass seit 1614 die Ständeversammlung in Frankreich nicht mehr einberufen wurde, hieß nicht, dass das Mitspracherecht der Stände – also Klerus, Adel und Dritter Stand (das Volk) – bei der Erhebung direkter Steuern nicht mehr gültig waren. Ludwig XIV. hatte seinen Spielraum schon bis an die Grenze ausgereizt, z.B. durch die dauerhafte Etablierung einer Sondersteuer für die Kriegsführung oder eine Sonderabgabe zur Abzahlung der Staatsschulden – eine sehr modern und aktuell anmutende Erfindung, die es in Frankreich auch heute seit etwa zwei Jahrzehnten wieder gibt – ohne dass die Schulden geringer würden.

1763: neue Rekordverschuldung Frankreichs

Vgl. Geschichte und Geschehen Sek. II – Frühe Neuzeit, Klett, 2006, S. 172

1763, nach dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, stand der französische Staat also wieder mal am Abgrund: Die jährlichen Staatseinnahmen reichten bei weitem nicht zur Deckung der Ausgaben, fast 39% des Staatshaushalts musste mit neuen Schulden gedeckt werden (200 Mio von 520 Mio), der aufgehäufte Schuldenberg (1,8 Mio Livres) betrug fast das Sechsfache der jährlichen Einnahmen (320 Mio). Das war weniger als in der Krise zuvor, doch das Problem lag in der Dynamik der laufenden Neuverschuldung.

Situation am Vorabend der Französischen Revolution

[Statistische Übersicht](#)

Selbst Einsparungen beim Militär und bei der verschwenderischen Hofhaltung in Versailles vermochten die Spirale der Verschuldung nicht aufzuhalten. Im Staatshaushalt von 1788 machte der Schuldendienst 41% aus (261,1 Mio Livres), bei einer Neuverschuldung von 26% (161,5 Mio Livres). Mehrere Finanzminister, die der König mit einer Lösung der Krise beauftragte, scheiterten daran.

Bankrotterklärung des französischen Königs 1788

[Karikatur „Le déficit“](#)

Eine berühmte Karikatur von 1788 schieb dem Adel und dem Klerus die Schuld an den leeren Staatskassen zu, der König und sein Finanzminister Necker, ein Deutscher, der in der Schweiz das Geldgeschäft gelernt hatte, stehen naiv und ahnungslos vor den leeren Schatullen. Dies entsprach der populären Stimmung, die sich gegen die Privilegierten richtete, die keine oder kaum Steuern zahlten, aber den wahren Grund für die Staatspleite verkannte: das war die Ausgabenpolitik der Monarchie.

Hilferuf an die Stände-

Das einzige, was Ludwig XVI. noch übrig blieb, war die Ständeversammlung für Frankreich einzuberufen, die sog. Generalstände, um sie an der

versammlung

[Titelblatt der Einberufung der Generalstände](#)

Lösung der Staatskrise zu beteiligen. Und der Aufruf zur Wahl der Ständevertreter glich einer Art Offenbarungseid:

„Wir brauchen den Beistand unserer getreuen Untertanen um Uns dabei zu helfen alle Schwierigkeiten zu überwinden, in denen Wir Uns hinsichtlich des Zustandes Unserer Finanzen befinden...“

Keine Revolution der Armen

Weder in Amerika noch in Frankreich war die Revolution ein Aufstand der Armen. Und viele andere Aufstände in der Geschichte waren es auch nicht. Obwohl die Bauern in der ersten Phase der Französischen Revolution eine weitaus größere Rolle spielten, als ihnen in unseren Geschichtsbüchern zugedacht ist, so waren sie und ihre Notlage, die propagandistisch so hervorragend ausgemalt wurde, weder der Grund noch der Auslöser für die Revolution.

Beschwert euch!

[Erste Seite eines Beschwerdeheftes](#)

Man könnte sagen, der König rief sie geradezu auf zur Revolte: Für die Ständeversammlung sollten seine Untertanen alle ihre Beschwerden zu Papier bringen. Diese Beschwerdehefte aus jedem Wahlkreis, über 60.000 zum Teil umfangreiche Dokumente, sind bis heute die größte Volksbefragung der Geschichte. Sie politisierte und mobilisierte auch diejenigen, die zuvor niemals gedacht hätten, dass sie jemals um ihre Meinung gefragt würden und dass sich an ihrer Lage jemals etwas ändern könnte. Dies alles kam so, weil der König und damit der Staat vor dem Bankrott standen.

Gewiss, die Neuenglandstaaten hätten sich früher oder später ohnehin von England losgesagt und so oder so wäre auch der Absolutismus in Frankreich überwunden worden. Doch nicht der Parlamentarismus in England seit dem 17. Jh. sondern die Französische Revolution sollte Europa verändern und somit waren der Zeitpunkt und die Art und Weise, wie dies konkret geschah, entscheidend, und deswegen kann man sagen: **Schulden machen Geschichte..**

2. Schulden, Geld und Inflation

Nach der Revolution 1789 bleiben die Schulden

Im 2. Jahr der Französischen Revolution wich die Begeisterung bei den Bauern und den städtischen Unterschichten schnell der Ernüchterung, als sie sahen, dass die reichen Bürger die Macht für ihre eigenen Interessen nutzten. Auch der weitere Verlauf der Revolution und ihre Radikalisierung unter den Jakobinern ist jedoch nur wirklich zu verstehen, wenn man die Finanzprobleme des Staates im Auge behält. Wenn der Staat 1789 eigentlich schon bankrott war, so blieb er es auch nach dem Machtwechsel, ja, die Situation verschärfte sich sogar noch, denn der revolutionäre Überschwang brachte viele Leute zu der Überzeugung, sie müssten jetzt gar keine Steuern mehr bezahlen.

Schuldentilgung durch: Verstaatlichung des Kirchenbesitzes

Und so kam man auf die Idee, den Kirchenbesitz zu verstaatlichen. Der anschließende Verkauf sollte das nötige Geld in die Kasse bringen.

Dies holte gewissermaßen nach, was die Reformation in anderen Ländern schon im 16. Jh. vollzogen hatte: die Säkularisation. Schon damals waren auch finanzielle Interessen zumindest ein weiteres Motiv für die Fürsten

[Karikatur](#)

sich der Reformation anzuschließen. Mit der Reformation fiel der Kirchenbesitz ihrer Staatskasse zu und dies war für mehr als einen Fürsten wichtiger als die Glaubensfrage. Am deutlichsten war dies so in Schweden, wo König Gustav Wasa durch die Konfiszierung des Kirchenbesitzes seine leere Kasse auffüllen konnte. Diese niederen materiellen Beweggründe für den Abfall von der katholischen Kirche, nicht nur in Schweden, bleiben in unseren Lehrbüchern zu Unrecht im Schatten der Lichtgestalt Martin Luther.

Die Assignaten – Verteilung der Schulden durch Anteilscheine am Staatsbesitz

Auch die französischen Revolutionäre sahen in der Verstaatlichung der Kirche die Lösung der Finanzkrise des Staates. Was nun folgte, ist ein Lehrstück der Geschichte.

[Assignat über 500 Livres, 1790](#)

Nach der Verstaatlichung des Kirchenbesitzes kam dessen Privatisierung. Der Staat brauchte Geld in der Kasse, er musste den Kirchenbesitz deswegen verkaufen, doch das lief nicht so gut wie erhofft, so erfand man die Ausgabe von Anteilscheinen an diesem Besitz und am Staatsbesitz überhaupt, zu dem nun auch die konfiszierten Güter der emigrierten Adligen hinzukamen.

Die Erfindung des Papiergelds
[Assignat über 10 Sous, 1793](#)

Die sogenannten *Assignaten* waren also Staatsanleihen in neuer Form. Anders als die Staatsanleihen vom Beginn des 18. Jh.s wurden diese aber nun zu richtigem Papiergeld. Denn sie wurden in immer kleineren Einheiten ausgegeben, sodass der Staat sie einsetzen konnte um damit auch seine laufenden Ausgaben im Kleinen zu bezahlen, also z.B. die Gehälter seiner Beamten, und so wurden die Assignaten zum allgemeinen Zahlungsmittel.

Papiergeld, Inflation und Schreckensherrschaft

Die Revolutionsregierung war davon so begeistert, dass sie mehr Assignaten ausgab, als ihre Deckung durch das Staatsvermögen erlaubte. Hinzu kam Falschgeld, das während des Krieges unter anderem in England hergestellt und auf Umwegen nach Frankreich eingeschleust wurde um die französische Wirtschaft zu destabilisieren. Doch auch die hausgemachte Vermehrung der Assignaten reichte aus um eine Inflation herbeizuführen: Die Preise stiegen, der Umtausch in noch gültige Münzen alter Währung verschlechterte sich, die Leute horteten also die werthaltigen Silbermünzen, das neue Papiergeld verlor stetig an Tauschwert. Von 1790-96 wurden 45 Mrd Livres ausgegeben, ungefähr das Zwanzigfache des Staatsbesitzes, der als Deckung fungieren sollte.

[Assignat über 2000 Francs, 1795](#)

Von der Finanz- zur Wirtschaft- und Sozialkrise

Schon in der Anfangsphase sank der Wert der Assignaten um mehr als die Hälfte, Grund genug für die Regierung zu politischen Zwangsmaßnahmen zu greifen: Die Ablehnung des Inflationsgeldes durch die Händler wurde verboten wie auch das der Spekulation verdächtige Hamstern von Lebensmitteln. Die Jakobiner setzten dann auch Höchstpreise für Lebensmittel fest. Das Problem wurde dann vom Bäcker an seinen Mehllieferanten und von diesem an den Bauern weitergeschoben... Der gesamte Wirtschaftskreislauf geriet aus den Fugen, Milizen aus den Städten schwärmten aufs Land aus und konfiszierten mit Waffengewalt die Getreidevorräte der Bauern, die des Hamsterns bezichtigt wurden, manchmal vielleicht zu Recht, oft aber zu Unrecht, und die noch froh sein konnten, wenn sie mit dem Leben davon kamen.

Die Finanzkrise erzeugt eine Wirtschaftskrise, die Wirtschaftskrise erzeugt eine soziale Krise.

Diese Verschärfung der inneren Situation Frankreichs, die daraus entstehenden Widerstände gegen die Regierung und die Tatsache, dass sich Frankreich seit April 1792 im Revolutionskrieg mit den benachbarten Monarchien befand, dies alles zusammen war der Grund für die Entstehung der jakobinischen Diktatur unter Robespierre.

Ein Kassandra-Ruf 1790

Schon 1790 hatte Graf Mirabeau, der sich als Revolutionär vom Volk in die Generalstände hatte wählen lassen, das Schuldenproblem als das erkannt, was es war:

„Die Staatsverschuldung war der Keim der Freiheit. Sie hat den König und den Absolutismus zerstört. Hüten wir uns davor, dass, wenn sie weiterlebt, sie nicht die Nation zerstört und uns die Freiheit nimmt, die sie uns gegeben hat.“

(Graf Mirabeau, zit. in http://jf.anquetil.free.fr/telechargement/Dettes_de_Etat.PDF)

Ein Blick zurück:

Die Wirtschaftskrise im späten Römischen Reich

Karte der Völkerwanderung:
http://www.historia-universalis.de/historia_universalis/Antike_Rom.htm

Anderer Schauplatz – andere Zeit:

Solch eine Krise, allerdings noch auf der Basis von Münzgeld, hatte es bereits im späten Römischen Reich gegeben. Sie war Mitte des 3. Jh.s entstanden, fand ihren Höhepunkt unter Kaiser Diokletian um 300 n. Chr. und hatte Auswirkungen bis zum Untergang des Weströmischen Reiches im 5. Jh. und darüber hinaus. Auch hier rutschte der Staat immer tiefer in eine Schuldenkrise: Die militärische Sicherung der Reichsgrenzen gegen die eindringenden Germanen in der Zeit der sog. Völkerwanderung wurde immer schwieriger und kostspieliger, im Inneren herrschte Korruption, die Ausgaben überstiegen kontinuierlich die Einnahmen des Staates.

Im 3. Jh. machte allein die Besoldung der Streitkräfte 60% des Staatshaushaltes aus und damit sind die weiteren militärischen Ausgaben für die Führung von Kriegen noch gar nicht einberechnet. (cf. Christ 2001, S. 45f.) Für eine Armee von geschätzt 500.000 Mann unter Kaiser Diokletian um 300 n. Chr. waren jährlich Zahlungen in der Höhe von 40.000 römischen Pfund Gold nötig, das entspricht 13 Tonnen purem Gold. (cf. Böhnke, S.473).

Zum einen musste es für solche Ausgaben auch entsprechende Einnahmen geben. Zum anderen stieß aber grundsätzlich das Währungssystem, das auf dem in den Münzen enthaltenen Edelmetallwert beruhte, angesichts der Dimension der benötigten umlaufende Geldmenge an seine Grenzen.

Streik der Geldwechsler

Folgende Anordnung eines römischen Statthalters in Ägypten aus dem Jahr 260 n. Chr. zeigt uns, wie sich die Finanzkrise bemerkbar machte:

„Nachdem die Beamten zusammengetreten sind und Beschwerde geführt haben, dass die Geldwechsler der Wechslertische diese geschlossen haben und die geheiligte Münze der Augusti [= der Kaiser] nicht mehr annehmen wollen, hat sich die Notwendigkeit ergeben, allen, die Wechslertische besitzen, durch einen Erlass zu gebieten, diese wieder aufzumachen und alle Münzen anzunehmen und in kleinere Geldsorten umzutauschen, mit Ausnahme von offensichtlichen Fehlprägungen und Fälschungen [...]“

(Zit. nach Christ 1998, S.700.)

Inflation durch Münzverschlechterung

[Wertverfall des](#)

Die „geheiligte Münze der Kaiser“ wurde nicht mehr angenommen, weil sie nicht mehr dieselbe war: Der Realwert, d.h. der Silber- oder Goldanteil, sank ständig und immer mehr Münzen kamen in Umlauf. Tatsächlich war das eine Maßnahme, mit der man von Staats wegen hoffte die steigenden

[Antonianus](#)

Ausgaben bezahlen zu können. Man prägte immer mehr Münzen, indem man den Edelmetallgehalt der Münzen verringerte und mit anderem, minderwertigem Material streckte. So konnte man mit derselben Menge Silber oder Gold mehr Münzen prägen, die ihren Nominalwert behalten sollten, d.h. im Tausch mit anderen Münzen oder gegen Waren. Es kam somit zur ersten groß angelegten Münzverschlechterung der Geschichte.

Dies geschah so mit den Silbermünzen *Denarius* und *Antoninianus*. Letzterer besaß nominell das Doppelte des Denars an Wert, enthielt aber von vornherein nur das Anderhalbfache des Silbergehalts. Der Denar selbst war ursprünglich eine reine Silbermünze gewesen, hatte aber 240 n. Chr. nur noch einen Silberfeingehalt von 40%, der in den nächsten zwanzig Jahren auf die Hälfte sank und dann im letzten Drittel des Jahrhunderts fast ganz verschwand. Eine nicht ganz so drastische aber trotzdem merkliche Verschlechterung erfuhr auch die Goldmünze *Aureus*.

**Bekämpfung
der Inflation
durch
Zwangsmaß-
nahmen**

In beiden Fällen, im spätrömischen Reich wie in der Französischen Revolution, sollten die zwangsläufigen Folgen dieser Politik – die Inflation und ihre Konsequenzen – durch Zwangsmaßnahmen bekämpft werden. Auch in der Antike wurden die noch guten Münzen schnell gehortet, die schlechten nicht mehr zum Nominalwert akzeptiert, also zu dem Wert, den sie offiziell im Tausch gegen andere Münzen haben sollten. Dies trat am deutlichsten bei den Geldwechslern zutage, die den Wechselkurs der schlechten Münzen im Tausch gegen andere anpassten.

[Preisedikt des
Diokletian](#)

Die Zwangsmaßnahmen gegen die inflationären Folgen der Münzverschlechterung führten außer zu einem gesetzlich festgelegten Tauschwert der Münzen auch zu einer umfassenden Preisfestsetzung durch Kaiser Diokletian, vielleicht die umfassendste, die es in der Geschichte je gab. Sie sollte eine jährlich zehnprozentige Preissteigerung bremsen. Preise für absolut alles wurden festgelegt, eine entsprechend umfangreiche Liste ist überliefert. Der christliche Schriftsteller Lactantius, der nicht nur die steigenden Militärausgaben, sondern auch die Verschwendungssucht des Kaisers für die Misere verantwortlich machte, beschrieb dies in drastischen Worten so:

„Als er [=Diokletian] durch zahlreiche Ungerechtigkeiten eine ungeheure Preissteigerung hervorgerufen hatte, versuchte er per Gesetz, die Warenpreise festzusetzen. Daraufhin wurde wegen unbedeutender und geringer Anlässe viel Blut vergossen. Aus Angst gelangte nichts Verkäufliches mehr auf den Markt, und die Preissteigerung setzte sich in noch weit schlimmerer Weise fort, bis das Gesetz durch die schiere Notwendigkeit nach dem Untergang vieler Leute aufgehoben wurde.“

(Laktanz, Kritik an Diokletians Reformen, in: *Spätantike. Europa zwischen Antike und Mittelalter*. Buchners Kolleg / Themen Geschichte, Bamberg 2007, S.65)

**Währungsre-
formen**

[Diokletian](#)

[Konstantin](#)

Auf Verstöße gegen das Währungs- oder Preisedikt stand die Todesstrafe. (cf. Gehrke/Schneider, Quellenband, Q321). Doch diese Zwangsbewirtschaftung Diokletians scheiterte grandios, wie wir gerade gehört haben, denn der Staat hatte gar nicht die Mittel, sie durchzusetzen. Erst die Währungsreformen Diokletians und Konstantins mit der Einführung einer neuen Goldmünze, des *Solidus* – nomen est omen: „Der Solide“ – dämpfte die aktuell gravierendsten Auswirkungen der Inflation, doch damit war die Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren sozialen Folgen noch nicht beseitigt.

Denn auf Dauer solide blieb nur der Solidus, der auch die Rechnungsgrundlage für die Steuerfestsetzungen wurde, während auch die neuen kleineren Münzen ihrerseits einem Prozess der Verschlechterung und somit einem Inflationsdruck unterlagen.

Längerfristige Folgen:

Der „spätantike Zwangsstaat“ und die Umwälzung der gesellschaftlichen Strukturen

Das gegenseitige Vertrauen zwischen Staat und Bürgern war dahin – auf beiden Seiten. So war kehre man selbst für die Steuerzahlungen teilweise zur Naturalwirtschaft zurück. Auch wurden Ersatzleistungen erfunden, nämlich Hand- und Spanndienste (*munera*) (cf. König, S.213), also Frondienste wie später im Mittelalter. Zur Sicherstellung der Steuereinnahmen wurden kollektive Steuerveranlagungen in der Landwirtschaft festgelegt, d.h. dass die Bauern nicht nur ihre eigene Steuer zahlen mussten sondern auch in Haftung für evtl. Ausfälle des Nachbarn genommen wurden. Viele gaben ihre prekäre Selbstständigkeit auf und verdingten sich als Pächter (*Colonus*) bei Großgrundbesitzern. In dieser Stellung verloren sie ihre persönliche Freiheit, weil sie sich rechtlich ihrem Herrn unterwarfen und fortan ihr Stück Land und ihre Pacht nicht mehr verlassen durften.

Diese auch aus dem Mittelalter heraus bekannte *Schollenbindung* weist ebenfalls bereits auf den gesellschaftlichen Übergang von der Antike zum Mittelalter hin. Die rechtliche Stellung der Colonen verschlechterte sich immer weiter und näherte sich der der Sklaven an. Im Codex Iustinianus des 6. Jh.s (528 n. Chr.) wurden sie bereits als „Sklaven des Landes“ bezeichnet. (Gehrke/Schneider, Quellenband, Q 335c)

Auch die Städte gerieten unter die Zwangswirtschaft. Die Mitglieder des Stadtrats (*Curia*) waren mit ihrem eigenen Vermögen für Steuerausfälle haftbar, wurden also zwangsweise zu Steuerpächtern gemacht. Da immer weniger reiche Römer diese Ämter übernehmen wollten, wurden sie zur erblichen Verpflichtung gemacht – der Sohn musste auf den Vater folgen – ebenso wie viele andere Berufe, Handwerker, Händler, und auch die Kolonen, also die beschriebenen Pächter auf dem Land. (Vgl. Hermann-Otto, S.185)

Und sogar der Soldatenberuf wurde erblich! Damit war nach der Wehrpflichtigenarmee der Republikzeit über die Söldnerarmee aus der ersten Kaiserzeit eine Zwangsarmee geworden. Die Motivation dieser Legionäre kann man sich unschwer vorstellen... Und so rekrutierte man am Ende sogar noch Germanen zum Kampf gegen Germanen.

Spätantike:

Revolution in umgekehrter Richtung

Unbestreitbar hat die Spätantike somit in verschiedener Hinsicht bereits das Mittelalter vorbereitet, wenn auch die Historiker darüber streiten, in welchem Maße, und ob der Begriff des „spätantiken Zwangsstaates“ die Situation adäquat beschreibt. Meines Erachtens schon.

Die Finanzkrise des römischen Staates hat eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung herbeigeführt, die zu massiven Einschränkungen der Freiheit führte, sozusagen *eine Revolution in umgekehrter Richtung*.

3. Erstes Fazit: Kriege und Schulden

[Karikatur](#)

Allen Revolutionen und gesellschaftlichen Umwälzungen, die bislang angesprochen wurden, liegt eine gemeinsame Voraussetzung zugrunde: *Schulden durch Kriegs- und Militärausgaben*. Ein Sprung nach heute zeigt Parallelen: Die Sowjetunion brach letztlich aus finanziellen Gründen zusammen, weil die Ausgaben im Rüstungswettlauf die Wirtschaft erdrosselten. Die USA, die aus diesem Wettlauf als Sieger hervorgingen, stehen nun selbst vor dem Bankrott wie nie zuvor in der Geschichte, aber nicht wegen des jahrzehntelangen Rüstungswettlaufs mit der Sowjetunion, sondern wegen eines in der politischen Geschichte eher unbedeutenden Krieges, den George Bush jun. im Irak führte und der mit seinen Folgekosten einen erheblichen Teil des aktuellen Defizits verschuldet hat.

Zuvor schon hatten weitaus bedeutendere Kriege drastische finanz- und wirtschaftspolitische Konsequenzen für die USA und die ganze Welt zur Folge. Die Wirtschaftskrise in den USA 1929 wurde erst dadurch in dem bekannten Ausmaß zur *Weltwirtschaftskrise*, dass die USA mit Europa durch Kredite verbunden war, die sie den Europäern zum Wiederaufbau nach dem 1. Weltkrieg gegeben hatte. Ungefähr die Hälfte des Kreditvolumens bestand aus immer wieder erneuerten kurzfristigen Krediten, sozusagen das zwischenstaatliche Überziehungskonto oder wie es im absolutistischen Frankreich hieß: die *dette flottante*. Die Kündigung dieser Kredite zur Zurückholung des Geldes exportierte die Krise von heute auf morgen nach Europa.

Auf der Konferenz von Bretton Woods 1944 wurden die Grundlagen der internationalen Finanzordnung für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gelegt, mit dem US-Dollar als Leitwährung, damals noch durch Gold gedeckt. 1971 wurde von US-Präsident Nixon diese Golddeckung aufgegeben: *„Die steigenden Kosten des Vietnamkriegs – der wie alle kapitalistischen Kriege mit Haushaltsdefiziten finanziert wurde – zwangen den Präsidenten zu dieser Maßnahme.“* (Graeber, S.379). So wie der Goldpreis daraufhin stieg, sank der Wechselkurs des Dollars, eine Inflation folgte.

Zumindest für diese großen Umbrüche in der Geschichte könnte man in Abwandlung des berühmten Zitats von Heraklit aus der Antike sagen: *Der Krieg ist der Vater aller Schulden*, und für David Graeber gilt noch grundsätzlicher:

„Das moderne Geld als seinen Ursprung in Staatsschulden, der Staat leiht sich Geld, um Kriege zu finanzieren. [...] Mit der Gründung der Zentralbanken wurde die Verschmelzung der Interessen von Kriegsherren und Geldgebern [...] dauerhaft institutionalisiert. Diese ‚Interessengemeinschaft‘ schuf schließlich die Grundlage für den Finanzkapitalismus.“ (Graeber, S.382)

Graeber erklärt die Entstehung der Geldwirtschaft auf der Basis von Metallgeld überall auf der Welt in der Frühzeit als Folge staatlicher Ausgaben für Soldaten. (Graeber, S.225f. u.a.o.) Im Unterschied zu anderen Formen von Tauschmitteln, wie z.B. der Kauri-Muschel, hat der Staat das Monopol auf die Prägung von Münzen und damit wird auch aller Handel und alles Wirtschaften der staatlichen Regulierung unterworfen.

Graebers Hauptinteresse gilt jedoch nicht der Verschuldung der Reichen – das war ja bislang unser Thema: England, Frankreich oder das Römische Reich waren ja keine armen Staaten, die sich verschuldet haben, sondern die in ihrer Zeit reichsten Staaten! – sondern Graebers Hauptinteresse gilt der Verschuldung der Armen, innerhalb der Gesellschaften wie auch in den Beziehungen zwischen den reichen und den armen Staaten auf der Welt. Hinter Letzterem erkennt man unschwer David Graeber als geistigen Ziehvater von Attac, der die organisierte Verschuldung der „Dritten Welt“ für den Profit der Industrieländer geißelt.

4. Schulden und soziale Entwicklungen

Der Ursprung der Verschuldung

[Alte athenische Münze](#)

[Bauern beim Pflügen.](#)

[Griechische Vasenmalerei. Außenbild einer Schale, um 525 v. Chr.](#)

Zum Wuchertema siehe auf:

[Historia Universalis](#)

Schuld-knechtschaft im alten Griechenland

Ein Blick auf das Prinzip Verschuldung als Antriebsmotor gesellschaftlicher Entwicklung lohnt noch im vorliegenden Zusammenhang. Als Anthropologe, der er eigentlich ist, sucht David Graeber in der ersten Hälfte seines Buches nach der Ursünde von Schuld und Schulden. Wann und wie wurden menschliche Beziehungen in quasi ökonomischen Kategorien erfasst? Schon in den Religionen finden sich Hinweise: Warum heißt es zum Beispiel im Vaterunser: „Vergib uns unsere Schuld wie auch wie vergeben unseren Schuldigern?“ Gläubig und Gläubiger sein – geht das zusammen? Die drei monotheistischen Religionen haben sich vielfältig mit der moralischen Frage Hilfe und Gegenleistung, Kredit und Schulden befasst. Im Judentum sollten im Schabbatjahr, also alle sieben Jahre, die Schulden erlassen werden. Das Alte wie das Neue Testament verbieten dem Gläubigen aus der Not seines Nächsten Profit zu schlagen, daher auch das Zinsverbot in der Bibel und der Versuch der Kirche im Mittelalter dies durchzusetzen –, was allerdings nie gelang, das muss hier deutlich gesagt werden, weil es sich immer noch falsch in jedem Schulbuch findet. Dies ist ein Thema für sich (ich verweise hier auf einige Internetseiten zum Wuchertema).

David Graeber bilanziert eine Universalie gesellschaftlicher Entwicklung nach dem Sündenfall der Kreditwesens: Wo es Ungleichheit gibt, Ärmere und Reichere, wird die Ungleichheit zwangsläufig größer, die Armen verschulden sich bei den Reichen, von denen sie Kredite bekommen und aus deren Abhängigkeit sie nicht mehr entkommen können. Das Gespenst der *Schuld-knechtschaft* droht überall. Einige historisch bekannte Phänomene behandeln wir auch im Unterricht, so bei der Entstehung der Demokratie in Athen. Das Problem der Verschuldung steht ganz am Anfang der Entstehung einer gesetzlich geregelten Gesellschaft: bei Dracon und bei Solon (596 v. Chr.) ist das soziale Problem der Schuld-knechtschaft der Ausgangspunkt zur Herstellung einer politischen Ordnung, die der Ungleichheit Grenzen setzt, die Freiheit des Einzelnen bewahren und im Zuge eines längeren Prozesses allen Bürgern Mitsprache in der Politik geben will. Das ist die positive Seite dieses Wunsches, die Verarmung der eigenen Bevölkerung zu verhindern. Die negative Seite dessen besteht darin, dass man durch Kriegszüge den Reichtum vermehren und verteilen konnte. (Vgl Graeber, S. 240)

Drohte die demographische Entwicklung ein neues Armutproblem durch Überbevölkerung herbeizuführen, so schickte man die Überzähligen auf Eroberungszug zur Gründung von Kolonien. Außerdem brachten die Kriegszüge auch Sklaven nachhause, so dass den einheimischen die niedrigsten und schwersten Arbeiten erspart blieben. Unter dem Strich könnte man sagen: die Schuldknechtschaft innerhalb der eigenen Bevölkerung wurde durch die Versklavung anderer ersetzt.

Schuld- knechtschaft im alten Rom

Auch im alten Rom spielte die Schuldknechtschaft eine wichtige Rolle für die politische Entwicklung, was wir im Gegensatz zu Athen im Unterricht allerdings nicht behandeln. In den Ständekämpfen zwischen Plebejern und Patriziern war die Schuldknechtschaft ebenso ein Thema, sie wurde 326 v. Chr. offiziell abgeschafft. (Graeber, S.243) Natürlich war dies nur eine vorübergehende Pause, wie wir wissen, da im Laufe der weiteren Geschichte die freien Kleinbauern immer mehr unter dem wirtschaftlichen Druck der Großgrundbesitzer litten, außerdem wurden sie durch die Wehrpflicht ruiniert. Doch auch hier war die Eroberung neuer Provinzen ein soziales Ventil: Dort konnte man verarmte Bauern ansiedeln und später auch die Veteranen aus der römischen Armee.

Die weitere Entwicklung haben wir oben schon gesehen: am Ende, in der Spätantike, wird wieder die Schuldknechtschaft stehen, insofern, als vorher freie Bauern sich gezwungen sahen, sich einem Großgrundbesitzer – oder mittelalterlich gesprochen: einem Grundherrschaft – als Pächter zu unterwerfen. Auch dies hat mit dem Krieg oder mit der Verteidigung des Eroberten und den damit verbundenen Finanzproblemen des Staates zu tun.

Kapitalismus, Magie und Spekulation

David Graeber hat eine ganz grundsätzliche Aversion gegen das Kreditwesen und den daraus hervorgehenden Kapitalismus. Deswegen bringt er aus der Erkenntnis der Ethnologie wie aus der Sozial- und Kulturgeschichte der neueren Zeit unzählige Beispiele, wie Menschen auf andere Weise wirtschaftlich miteinander in Beziehung treten konnten.

Das Übel kommt also mit dem Kapitalismus, den Graeber nicht als historisch im 17. und 18. Jh. entstandenes Wirtschaftssystem, sondern eher als eine Mentalitätsfrage betrachtet. Mit der Entstehung der Banken bekam das Geld eine fast magische Aura, denn es vermehrt sich scheinbar von selbst:

"Doch in dem Augenblick, als die Gier zulässig und der unbegrenzte Profit als vollkommen akzeptabler Selbstzweck anerkannt wurde, entwickelte sich dieses politische, magische Element zu einem ernsthaften Problem, denn auch die Makler, die Börsenspekulanten, die Händler, also Leute, die dafür sorgten, dass das System funktionierte, empfanden keinerlei Loyalität mehr, nicht einmal gegenüber dem System selbst." (Graeber, S.382)

Dass die Banken Geld aus Nichts machen, ist eine weit verbreitete Meinung, die verschiedentlich auch angeblichen Äußerungen von Bankern zugeschrieben wird, wie Graeber zitiert (S.359f.).

Das „Magische“ zeigt sich auch in den Aufrechnungen über angeblich durch die Spekulationsblase von 2008 vernichtete Werte, die astronomische Summen erreichten. Dabei hat man fiktive Börsennotierungen für echte Werte ausgegeben. Wir sagen: eine Aktie verliert soundsoviel an Wert. Tatsächlich geht es jedoch immer nur darum, was jemand bereit wä-

re zu zahlen, wenn diese Aktie verkauft würde. Für den Besitzer der Aktie, der sie einmal zu einem bestimmten Preis gekauft hat, gibt es eine tatsächliche Bilanz von Gewinn oder Verlust, wenn er sie verkauft. Global aber davon zu sprechen, dass „Werte vernichtet“ werden, wenn der Aktienkurs sinkt, gaukelt eine falsche Realität vor, weil niemand den notierten Kurswert in der Tasche hat. Würden alle ihre Aktien bei einem Höchststand verkaufen, würde der Höchststand sofort auf einen Tiefstand fallen, unabhängig von jeder Krise. Das Faszinosum des im wörtlichen Sinne nicht mehr greifbaren Geldes täuscht Anhänger wie Gegner des Kapitalismus. So soll ein Chef der Bank of England gesagt haben:

"Das Bankwesen wurde im Frevel gezeugt und über Sünde geboren. Die Bankiers sind die Eigentümer der Erde. Nimmt man sie ihnen weg, lässt ihnen jedoch die Möglichkeit, Kritik zu erzeugen, so werden sie mit einem Federstrich genug Geld erzeugen, um die Welt wieder zurückzukaufen... Wenn wir Sklaven der Bankiers bleiben und die Kosten unserer Versklavung selbst tragen wollen, müssen wir ihnen nur erlauben weiterhin Einlagen zu schaffen."
(Graeber, S.362)

Solche vermeintlichen Kronzeugen der Verwerflichkeit des Bankwesens werden gerne zitiert, ob richtig oder falsch.

Kredit und Wirtschaft – abschließen- de Bemerkungen

[Holzschnitt
Kaufmännischer Betrieb
im 16. Jh.](#)

Hinweis: [Korrekte Angaben zu diesem Bild](#)

(Vgl. auch:
Georg
Setinhausen: Der
Kaufmann in der
deutschen Vergangenheit, Jena
1912, Beilage 6)

Was Graeber geflissentlich übersieht, ist, dass es ohne Kredit keine wirtschaftliche Entwicklung gegeben hätte. Die menschliche Gesellschaft würde sich noch weitgehend auf der Stufe der Subsistenzwirtschaft befinden, wie in der Frühzeit oder zeitweise im Mittelalter wieder. Alles was wir heute an Wohlstand haben, ist nicht nur im Negativen, sondern auch im Positiven der wirtschaftlichen Entwicklung durch Kredite zu verdanken. Technische Erfindungen, Handel über den lokalen Rahmen hinaus, wirtschaftlicher Aufschwung ist nur durch Investitionen möglich, die selten durch vorher erspartes Kapital ermöglicht wurden, obwohl es dies auch gab. Im Allgemeinen waren es Kredite, die mit zukünftigen Einnahmen zurückgezahlt wurden, die es ohne diese Kredite für Investitionen gar nicht gegeben hätte.

Am deutlichsten wird dies vielleicht, wenn man sich vergegenwärtigt, wie modernes Wirtschaften im Mittelalter entstanden ist. Von italienischen Kaufleuten wurde die *Commenda* erfunden, die darin bestand, dass ein Schiffseigner und ein Geldgeber sich zusammentaten um eine Handelsexpedition zu finanzieren. Der Geldgeber streckte als stiller Teilhaber am Unternehmen den nötigen Kredit für die Investition vor, sein Partner organisierte oder unternahm selbst die Reise und der Gewinn aus der Unternehmung, d.h. die Differenz aus dem Ankauf und Verkauf von Waren, wurde von beiden geteilt. Dies war übrigens auch von der Kirche erlaubt und das, was von ihr nicht erlaubt war, geschah übrigens dann mit der notwendigen Verschwiegenheit trotzdem. In streng islamischen Ländern, wo es heute noch das Zinsverbot gibt, ist die Kapitalbeteiligung wie bei der *Commenda* die übliche Form Zinsgewinn zu verstecken.

Es fällt schwer, positive und negative Aspekte des Geldwesens zu trennen. Wenn die Banken Geld für Investitionen verleihen wollten und sollten, mussten sie selbst erst Geld dafür bekommen. Und, abgesehen von der Nächstenliebe und der Nachbarschaftshilfe, wie es sich das Alte Testament

und David Graeber vorstellen, leiht nun einmal jeder Geldgeber sein Geld um es zu vermehren, sonst hätte es ja keinen Sinn. Wer der Bank sein Geld leiht, will auch daran verdienen, und die Bank, die das Geld weiterverleiht, will und muss dies entsprechend auch. So ist historisch mit den Zinsen für Kredite auch gleichzeitig das Prinzip der Zinsen für Depositen entstanden und damit natürlich auch die Möglichkeit für das spekulative Finanzwesen.

Ich denke, inspiriert vom Buch von David Graeber, aber nicht darauf beschränkt, ist anhand von ein paar konkreten Beispielen zu historischen Revolutionen, die wir zu kennen glauben, sowie durch weitere grundsätzliche Überlegungen klar geworden, inwiefern die Schuldenthematik hilft die Geschichte zu verstehen und welchen Beitrag die Geschichte zur Erkenntnis der Schuldendebatte liefern kann, denn es gilt für alle Zeiten:

Schulden machen Geschichte.

Bibliographische Hinweise:

David Graeber: *Schulden. Die ersten 5000 Jahre*, Stuttgart (Klett-Cotta), 2012.

Allgemein :

Alexander Jung / Dietmar Pieper / Rainer Traub (Hg.): *Geld macht Geschichte. Kriege, Krisen und die Herrschaft des Kapitals seit dem Mittelalter*, München (DVA) / Hamburg (Spiegel), 2010.

Michael North: *Das Geld und seine Geschichte. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, München (Beck), 1994.

Pierre Vilar: *Gold und Geld in der Geschichte*, München (Beck), 1984.

Speziell zu Frankreich:

Lucien Bély (Hg.) : *Dictionnaire de l'Ancien Régime*, Paris (P.U.F.), 1996.

Jacques Godechot : *Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire*, Paris (P.U.F.), 2^e 1968.

Alain Guéry: « Les finances de la monarchie française sous l'Ancien Régime », in : *Annales. Économies, Sociétés, Civilisations*. 33^{ème} année, N. 2, 1978, S.216-239.

Pierre-François Gouiffès : *Déficits et comptes publics français avant 1974*, <http://pfgouiffes.net/billet-detail.php?idb=11>

Jean-Marie Thiveaud: « Dette publique, politique monétaire, emprunt, impôt en perspective historique », XVIème – XIXème siècles, in : *Revue d'économie financière* N°46, 1998, *Endettement / surendettement*, S.17-42.

Speziell zur Antike:

Horst Böhnke: „Ist Diocletians Geldpolitik gescheitert?“ in: *Zeitschrift für Papyrologie und Epigraphik* 100 (1994), S.473–483.

Karl Christ: *Geschichte der römischen Kaiserzeit: Von Augustus bis zu Konstantin*, München (Beck), 1998.

Karl Christ: *Römische Kaiserzeit. Von Augustus bis Diokletian*, München (Beck),

2001.

Hans-Joachim Gehrke / Helmuth Schneider (Hg.): *Geschichte der Antike. Ein Studienbuch* (Bd.1), *Quellenband* (Bd. 2), Stuttgart (Metzler/Poeschel), 2006.

Elisabeth Hermann-Otto: "Die Gesellschaftsstruktur der Spätantike", in: Alexander Demandt / Josef Engemann (Hg.): *Konstantin der Große, Ausstellungskatalog Trier, Mainz (von Zabern)*, 2007, S.183-189 .

Ingemar König: *Der römische Staat. Ein Handbuch*, Stuttgart (Reclam), 2007.

Jens-Uwe Krause: „Die Spätantike (284-565 n. Chr.)“, in: Gehrke / Schneider, op. cit., Bd. 1, 409-477.